



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

IX/14 - 18.1.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Dehlere Nienburger Schwankungen	S. 1
U.S.-Parteitaktik im Zeichen der Wirtschaftskrise	S. 3
Schrittmacher der Opposition ?	S. 5

Mit dem Blick auf Wiesbaden

-dt - Hannover

Der Saal, in dem der ehemalige Bundesjustizminister Dehler vor dem Parteitag der niedersächsischen FDP liberal redete, aber gegen die opponierenden Liberalen handelte, trug an den Seitenwänden schwarz-weiß-rote Kernsprüche ("Hinweg mit den Ländern, für ein starkes Reich" und "Gegen Klassenkampf, für soziale Volksgemeinschaft"). Den Ausgleich sollte wohl das Fahnenband schaffen, das die Schmalseite des Saales zierte; es war zwar nicht schwarz-rot-gold, wie es, flüchtig betrachtet schien, sondern blau-gold-rot.

So unecht war auch, was sich vor den Journalisten abspielte, soweit sie zu den Ereignissen zugelassen wurden. Dehler, als Schlichtungskommissar nach Nienburg entsandt, war von vornherein befangen, denn im März will er in Wiesbaden Bundesvorsitzender der Freien Demokraten werden; da wäre es unklug von ihm, mit dem gut organisierten Parteiapparat der niedersächsischen FDP anzulegen. Er nahm also die, die zur Zeit noch auf diesem Apparat spielten, in Nienburg in Schutz und vordammte die Abwesenden: Den jäh gestürzten bisherigen Landesvorsitzenden Stegner und die

"Altliberalen". Und mit einem Blick nach Wiesbaden stellte sich Dehler hinter die, die, wie das neue Vorstandsmitglied Schlüter, von der Deutschen Reichspartei gekommen waren und nun sagen: "Jetzt wird die FDP Niedersachsens ein scharfes Profil bekommen", Farbe und Ton der Spruchbänder des Parteitagssaales lassen dieses Profil ahnen.

Es ist nicht zum ersten Mal, daß Dehler die liberalen Elemente innerhalb der FDP enttäuscht; Bad Ems hat am markantesten gezeigt, was von ihm in Krisenzeiten zu erwarten ist. Nienburg setzte diese Entwicklung fort; es ist die Linie, Parteikrisen immer mit dem Blick auf irgendeine Wahl beizulegen. Stegner ist nun gegangen, geliebt sind einstweilen seine Epigonen, geführt vom ehemaligen HJ-Obergebietsführer Huisgen, dem von Mittelhaue vor vier Jahren entsandt und von Stegner eingesetzten Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes. Dieser Mann hat die Finger auf den Knöpfen des Parteiapparates und ihn hat Dehler, auf Kosten der Liberalen, geschont. Warum warf Dehler den Liberalen in Hannover vor, daß sie im Sommer 1953, als sie den "Liberalen Bund" gründeten, die Partei geschädigt hätten, weil sie den Kampf vorzeitig aufgegeben hätten? Dehler merkte nicht, daß er sich damit selbst klassifizierte; er mußte es sich von einem der Jüngsten der Altliberalen sagen lassen, dem ehemaligen Landesgeschäftsführer Böhm, der vor vier Jahren Huisgen zuliebe entlassen wurde. Nicht der "Liberalen Bund", erklärte Böhm, sondern Bonn habe die Partei geschädigt, weil es trotz aller Warnungen vier Jahre lang schwankend dem Treiben in Niedersachsen zugeschaut habe. Wohin die Dinge abgetrieben sind, ist jetzt bekannt geworden: 250000 M Wahl-schulden trotz unaufhörlich fließender Subventionen der Industrie (man spricht von rund 500000 M, die im Laufe der Zeit in Stegners Parteikasse geflossen sind), Baumann-Protokolle vor dem Bundesan-walt, die entweder Stegner oder Huisgen als Meinsidigen deklarieren, und Verbitterung unter den Parteimitgliedern, die nach 1945 die FDP aus der Taufe gehoben haben.

Dehler irrt, wenn er glaubt, daß er in Nienburg mit der Distanzierung von den Liberalen sich für Wiesbaden die Stimmen des Huisgen-schen Apparates erkaufte hat. Die Zusammensetzung des neuen Landesvorstandes läßt erkennen: Wenn es in Wiesbaden zu einem Kampf zwischen Mittelhaue und irgendeinem anderen Freien Demokraten kommt, werden die Niedersachsen genau wissen, was sie zu tun haben. Der Landesvorstand besteht aus den 13 Bezirksvorsitzenden, die als Re-präsentanten des Parteiapparates in der Mehrzahl zu Huisgen halten. Von den gewählten 13 Vorstandsmitgliedern kann man vielleicht zwei oder drei den Liberalen zurechnen; alle anderen kommen, wie Schlüter, von weit rechts. Es sind sogar Männer in den Vorstand gelangt, die nicht einmal Stegner haben wollte. Vielleicht wird auf Dehler in Wiesbaden zurückfallen, was er aus Opportunismus heute den Liberalen vorwarf: "Wer in schwankender Zeit sich schwankend zeigt, vermehrt das Übel".

Aufmarsch in der innenpolitischen Arena Amerikas

H.S.-New York, Mitte Januar

Kürzlich hat eines der in Amerika so häufigen "Polls" zur Befragung der öffentlichen Meinung erhebliche Sensation hervorgerufen: Die Frage hatte gelautet: "Wie würden Sie heute wählen, wenn die Wahlen vom Herbst 1952 (in denen Eisenhower Präsident wurde) heute anstatt vor einem Jahr stattfinden würden?" Die Antwort war frappant: Eisenhower würde auch heute noch wiedergewählt werden; seine Mehrheit gegenüber Stevenson wäre ein wenig verringert, aber im Grunde ist "Ikes" Popularität offenbar nur sehr wenig erschüttert. Dagegen würde sich die Republikanische Partei bei den gleichzeitigen Kongresswahlen eine schwere Niederlage holen und mindestens 40 Sitze im Repräsentantenhaus und eine entsprechende Zahl der Sitze im Senat an die oppositionelle Demokratische Partei abzugeben haben.

Die Beliebtheit des Präsidenten ist also nach wie vor groß, aber die seiner Partei, die ja auch in der Wahl von 1952 hinter der des Generals zurückgeblieben war, ist ernstlich beeinträchtigt. Und bedenkt man, daß in November 1954 Erneuerungswahlen für den Kongreß bevorstehen, bei denen die Republikaner sich nicht an die Ruckschöße Eisenhowers hängen können - dann begreift man, warum die Besorgnis im republikanischen Lager so groß ist, und warum man hofft, die jetzige Session des Kongresses kurz und schnell und ohne Erledigung unstrittner "heißer Eisen" hinter sich bringen zu können.

Umgekehrt rüstet sich die Demokratische Partei, die Scharte von 1952 bei den Herbstneuwahlen auszuwetzen. Sie muß freilich dabei geschickt operieren: Sie wird vielfach Eisenhowers Gesetzgebungsprogramm zu unterstützen haben, namentlich wenn der Präsident, was des öfteren passieren dürfte, dabei von seinen eigenen Parteifreunden im Stich gelassen wird - um dann gleichsam die Parole auszugeben "Wählt demokratisch, damit der republikanische Präsident sein Programm durchsetzen kann, denn auf seine eigene Partei ist kein Verlaß". Andererseits aber

darf sie nicht gar zu vielen Eisenhower-Maßnahmen auf diese Weise zum Siege verhelfen, da sonst die "republikanische Ära" als eine Zeit des Erfolges und Aufstieges vor den Wählern dastehen würde, und die Demokraten sich zwischen zwei Stühle gesetzt hätten.

Außerdem darf man nicht überschen, daß der näherrückende Herbst-Wahlkampf die Gemüter heute schon erhitzt hat. Auf breiter Front wird die Demokratische Partei, einschließlich ihres sonst zurückhaltenden konservativen Südstaaten-Flügels, zum Angriff gegen Senator McCarthy ansholen; sie plant eine gründliche Kritik der Militär- und der Finanzpolitik - und sie hat vor allem die taktisch günstige Position inne, auf die ungenügenden Abwehrmaßnahmen gegen die drohende Wirtschaftskrise hinzuweisen.

Diese hängt in der Tat wie eine dunkle Wolke über allen Gemütern. Sämtliche Regierungsprecher und Regierungsexperten prophezeien Tag für Tag, daß es sich nur um ein kleines und schmerzloses "Anpassen an einen Normalzustand", nicht aber um eine reguläre deflationäre Krise handele - und vieles spricht dafür, daß es in der Tat so ist. Andere Sachverständige aber befürchten von dem - bisher bescheidenen - Produktionschwund und der ebenfalls nur bescheidenen Zunahme der Arbeitslosigkeit die in solchen Fällen übliche "Kettenreaktion" und fordern die Regierung auf, Roosevelts Beispiel von 1933 zu folgen und durch kühne öffentliche Arbeiten, Staatskontrolle über das Kreditwesen und andere großzügige Ankurbelungsmethoden dem Übel schon jetzt zu wehren. Tatsache ist, daß die Regierung solche Pläne für den Notfall bereit hält; die allerkonservativsten unter den regierenden Republikanern geben heute kühl zu, daß man notfalls die verhassten und als "sozialistisch" verschrieenen Rooseveltschen "New Deal"-Methoden übertrumpfen und überbieten werde.

Das Regierungsprogramm Eisenhowers für die jetzige Kongresssession ist durchaus fortschrittlich und sozialfreundlich. Der Präsident will die Sozialversicherung ausbauen, die Steuern auch des "kleinen Mannes" senken, das berüchtigte Arbeitsgesetz ("Taft-Hartley"-Gesetz) reformieren und die Agrarhilfe weiter ausbauen. Aber im Grunde glaubt kein Mensch im Lande daran, daß die konservativen Parlamentarier der Republikanischen Partei sich große Mühe geben werden, dieses Programm im Parlament durchzudrücken; selbst die Freunde des Präsidenten rechnen damit, daß dreiviertel des Programms am Widerstand oder wenigstens an der Gleichgültigkeit der republikanisch-konservativen Rechten scheitern wird. Unter diesen Umständen wird man wirklich nicht viel konstruktive Reformarbeit von der Kongresssession erwarten können; heftige Kämpfe in der innenpolitischen Arena, um parteipolitische Vorteile, werden das Feld beherrschen und nur wenig Zeit und Sinn für Gesetzgebung, Reformen und Krisenbekämpfung übrig lassen.

Der Fall Djilas und seine Bedeutung

G.G. Milovan Djilas ist durch einstimmigen Beschluß des Exekutiv-Komitees des jugoslawischen "Bundes der Kommunisten" seiner Parteiämter enthoben worden. Er bleibt einfaches Mitglied des "Bundes der Kommunisten". Ob er einer der vier Stellvertreter des Staatspräsidenten Tito bleiben wird - die anderen drei sind Pijade, Kardelj und Ranko-witsch - ist vorläufig offenbar nicht entschieden. Besonders interes-sant aber ist die Frage, ob Djilas Präsident des "Bundesrats", der poli-tischen Kammer des (aus Bundesrat und Produzentenrat bestehenden) jugoslawischen Parlaments bleiben wird.

Dieses Parlament ist im vergangenen November aufgrund des neuen jugoslawischen Wahlgesetzes gewählt worden, das an die Stelle der frü-her nach Sowjet-Muster vorgenommenen Einheitslisten-Wahl die Aufstel-lung der Kandidaten durch allgemeine Wählerversammlungen und wirklich freie und geheime Wahlen vorsah. Djilas, der alte (aber erst 41jähri-ge) Mitkämpfer Titos, der schon drei Jahre vor Titos Bruch mit Moskau an der russischen Bevormundung Kritik geübt hatte und der schon vor der November-Wahl im kommunistischen Zentralorgan "Borba" die poli-tisch-philosophischen Sonntagsplaudereien zu veröffentlichen begann, die man ihm jetzt zum Vorwurf gemacht hat, erhielt bei den Parlaments-wahlen mehr Wählerstimmen als irgendein anderer Kandidat und wurde nach dem Zusammentreten des neugewählten Bundesrates zu dessen Präsi-denten gewählt.

Prüfstein der Demokratisierung

Wird man ihn nötigen, dieses Amt niederzulegen? Wird man das Parlament zwingen, ihn abzusetzen? Wird man veranlassen, daß ihn sein Wahlkreis aus dem Parlament abberuft (was nach dem Wahlgesetz möglich ist, aber nur dann, wenn die Mehrheit der Wahlberechtigten eines Wahl-kreises dem ins Parlament entsandten Kandidaten das Mißtrauen aus-spricht)? Die praktische Antwort auf diese Fragen wird zeigen, wie weit die Demokratisierung Jugoslawiens tatsächlich gediehen ist und ob die Affäre Djilas nur eine interne Angelegenheit des "Bundes der Kommunisten" oder ein ernster Rückschlag für die politische Entwick-lung Jugoslawiens vom totalitären kommunistischen Regime zu einer demokratisch-sozialistischen Ordnung ist.

Um diese Entwicklung ging es Djilas in seinen in der "Borba" erschienenen Sonntagsbetrachtungen. Er mahnte, ernst zu machen mit der Abkehr vom "Bürokratismus", er erinnerte daran, daß auch verdiente kommunistische Funktionäre sich nicht über Gesetz und Richtersprüche hinwegsetzen dürfen, er sprach sich dagegen aus, daß ehemalige Partisanen (und Partisaninnen) sich als privilegierte Führungsschicht des Landes verewigen wollen, er warnte davor, die Kunst in politischer Agitation erstarren zu lassen, und er ging bei allen diesen Betrachtungen von der Voraussetzung aus, daß die sozialistische Revolution in Jugoslawien gesiegt habe und die Grundlagen der neuen Macht gesichert seien, sodaß es jetzt nur noch darauf ankomme, daß diese Macht demokratisch funktioniere und den Weg zur freiheitlichen Entfaltung auf allen Gebieten öffne. Deshalb wandte sich Djilas auch dagegen, die in Bürgerkrieg und Revolution und in der stalinistischen Periode der jugoslawischen Politik geschaffenen Institutionen verewigen und als Selbstzweck betrachten zu wollen. Sie seien nur Mittel zum Zweck gewesen und müßten im Zuge der demokratischen Entwicklung neuen Formen weichen.

Nur ein Partei-Konflikt ?

Daß diese Äußerungen Bürokraten, die ihre Entmachtung fürchteten, ebenso verstimmt haben wie alte Partisanen, die von vergangenem Ruhm, und kommunistische Funktionäre, die vom totalitären Herrschaftscharakter der Partei nicht Abschied nehmen wollten, läßt sich begreifen. Schwer begreiflich ist aber der Vorwurf, daß sich Djilas zu den Auffassungen der anderen führenden Männer des Tito-Regimes (und Titos selbst) in Gegensatz gestellt habe; denn die Umwandlung der jugoslawischen kommunistischen Partei in einen "Bund der Kommunisten", die Umwandlung der "Volksfront" in einen "Sozialistischen Bund des arbeitenden Volkes Jugoslawiens", die Stärkung der Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiter, der offiziell verkündete Abbau der Bürokratie, die mindestens nominelle Abschaffung der Ministerien, die Auflösung der Zwangskollektive in der Landwirtschaft und nicht zuletzt die Tatsache, daß Djilas seine Artikel im kommunistischen Zentralorgan seit Monaten regelmäßig veröffentlichten konnte, schienen zu beweisen, daß seine Gedanken im Einklang mit den Absichten der Männer um Tito und der Leitung des "Bundes der Kommunisten" standen.

Sollte Djilas tatsächlich in feuilletonistischem Überschwang allzu persönliche Angelegenheiten ausgeplaudert oder in demokratischem Überifer den organisatorischen Abbau des Kommunisten-Bundes gefordert haben, ohne sich mit der Leitung dieses Bundes verständigt oder gar seine Warnungen beachtet zu haben, dann könnte man die Maßregelung, der man ihn unterzog, als einen bloßen Akt der Organisations-Disziplin ansehen - wenn er ohne Wirkung auf die politischen Ämter und die parlamentarische Tätigkeit des Gemäßigten bliebe.

Ernste Fragen

Sollte der Spruch des Exekutiv-Komitees des "Bundes der Kommunisten" aber ernstere Folgen haben, dann würde er auch ernstere Fragen aufwerfen.

Hat Djilas das Tempo der Demokratisierung in Jugoslawien tatsächlich überschätzt und den Widerstand der Bürokraten und der kommunistischen Funktionäre zu gering veranschlagt? Hat er mit der Behauptung, die Errungenschaften der Revolution und die "neue Macht" seien gesichert, eine These aufgestellt, die Tito und seine anderen engsten Mitarbeiter bezweifeln? Hat das pro-italienische Verhalten der Westmächte im Triest-Konflikt in Jugoslawien ein Ressentiment gegen die westlichen Demokratien hervorgerufen, das auf die innere Demokratisierung des Landes hemmend wirkt? Wirkt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Belgrad und der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten seit Stalins Tod im gleichen Sinne?

Das sind Fragen von großer Bedeutung, auf die der weitere Verlauf der Affäre Djilas Licht werfen kann.

Und noch eine wichtige Frage kann er klären, die Frage nämlich, ob eine Opposition in Jugoslawien möglich ist. Man erinnert sich an das Beispiel der Türkei, die sich aus einer Einpartei-Diktatur nach einiger Zeit mit Einverständnis der Führung der herrschenden Partei in einen Zweiparteien-Staat verwandelte.

Noch ist es eine gewagte Vermutung, aber sie liegt nicht jenseits des überhaupt Vorstellbaren: Daß Milovan Djilas zum Schrittmacher einer demokratischen Opposition in Jugoslawien wird.

Verantwortlich: Peter Raunau